

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bestellungs-Listung im
Oberamtsbezirk. —
Kaufpreis 100 Mark
bestimmter Betrag.

Es wird keine Gewähr
übernehmen, daß
Bestellungen, die
nicht rechtzeitig
eingehen, nicht
erfüllt werden
können. In Fällen
von Unklarheit
wird der Besteller
auf die Bestimmung
des Bestellers
hin verwiesen.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold.
Postfachnummer:
Stuttgart 5118.

Verantwortlich für den Inhalt:
Herrn Dr. med. Dr. h. c. h.
Herrn Dr. med. Dr. h. c. h.
Herrn Dr. med. Dr. h. c. h.
Herrn Dr. med. Dr. h. c. h.
Herrn Dr. med. Dr. h. c. h.

Nr. 149

Mittwoch den 30. Juni 1920

94. Jahrgang

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

Berlin, 28. Juni. Wer augenblicklich in Deutschland regiert, das ist eine schwierige Aufgabe. Kommissar regiert der sog. „Blod der Mitte“, aber das ist trotz und mit der Deutschen Volkspartei doch nur eine Minderheit, die erst dadurch regierungsfähig gemacht wird, daß die Sozialdemokraten ihre Stimmen leihen. Das Dreierbündnis (Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei) wird vom Bod aus gelassen und auf dem Bod sitzt Herr Scheidemann und erklärt heute, wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, so würden heute die vereinigten beiden roten Parteien regieren, aber da die unabhängige Sozialdemokratie das verhindert habe, so müsse man sich die sozialistische bürgerliche Regierung gefallen lassen. Soweit diese Regierung Politik im Interesse der proletarischen Klasse mache, werde man für sie stimmen, in jedem anderen Falle gesehe sie Scheidemann unbewegt hört der Ministerpräsident Feilerbach sich diesen Unentschieden an. Er wird also nie selbständig Politik oder auch nur die Politik eines Blods der Mitte machen können, sondern dabei immer auf Scheidemanns Kanone stehen. Dieser Scheidemann ist als heimlicher Reichsregent und offener Oppositionsmann heute oben auf. Er sagt der Regierung, was sie alles tun müsse, um die empfindlichsten Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens und sonstwo bei uns zu bessern und er verzicht dabei nur zu erwidern, daß diese Zustände doch nach 1 1/2-jähriger sozialdemokratischer Regierung bei uns bestehen. Der arme Feilerbach selber bekommt freilich ein Trostwort zu hören. In ihm persönlich habe die Sozialdemokratie Vertrauen, wisse jedenfalls, daß er es unter allen Umständen gut meine. Davon ist wohl auch mancher andere im Hause überzeugt.

Was Feilerbach als neues Programm vorgetragen hat, das ist, abgesehen von einer kleinen Verbeugung vor den bundesstaatlichen Regierungen der bayerischen christlichen Volkspartei, im Grunde das Programm der alten Koalition. Auch die Forderung nach Befreiung aller Wirtschaftsmittel durch Fachleute ist nicht durchzuführen; nach wie vor ist ein Zentrumsoberlehrer Finanzminister, ein Zentrumspastor wird Arbeitsminister und daß der Justizrat Heinz Justizminister ist, macht den Kohl noch nicht fett. Was Herr Feilerbach sonst noch von innerer und äußerer Politik zu sagen hat, das bringt er mit seinem bekannten sonntäglichen Vorlesungsvortrag vor und mit einer an dieser Stelle unnötigen Anrufung Gottes, einer starken Sentimentalität, die bei dem gealterten Abgeordneten Feilerbach verständlich war, bei einem deutschen Reichstangler aber befremdlich wirkt.

Während der Unabhängige Ledebour gegen die roten Minderheitsbrüder polemisiert und den baldigen Generalkreis prophezeit, der die jetzige Regierung über den Haufen werfen werde, hält der im Reichstag neue Führer der deutschnationalen Volkspartei Hergt eine in der Form verbindliche, sachlich aber scharfe Rede über die Art des Zustandekommens der jetzigen Regierung. Er ist in Haltung und Sprache eine viel straffere Erscheinung als sein Vorgänger Polakowski. Das Haus hört ihm fast ohne Zwischenrufe zu, achtungsvoll und interessiert. Zwischen den Reihen bekommen auch die um Heilige manche freundliche Wahrheit zu hören. Wo es nottut, werden sie durch Hergt unterbrochen, aber auch vor einem Rein werden sich die Deutschnationalen nicht scheuen, bis einmal die große aufbauende Partei des vereinten nationalen Bürgertums Wahrheit geworden ist.

Berlin, 28. Juni.

Die Sitzung begann um 11 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme der

Erklärung der Regierung.

Reichstangler Dr. Feilerbach sagte u. a.: Der ersten Verantwortung, die sie der Volksgemeinschaft gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die neue Regierung völlig bewußt. Der Schwere der sie erwartenden Aufgaben entsprechen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei ihrer Bildung überwunden werden mußten. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihre Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß das hohe Haus, von dem gleichen Verantwortungsgesühl befeuert, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird. Nachdem dann der Kanzler unter dem Beifall des Hauses der alten Regierung den herzlichsten Dank des Vaterlandes ausgesprochen hatte, fuhr er fort: Das Programm der neuen Regierung, das ich nunmehr Ihnen unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hoherkritischerweise ist dabei eine läckenlose Übereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder gelangt. Die

Konferenz in Spa

steht unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst ein Wort zu sagen über unsere auswärtige Politik. Alle unsere Beziehungen zum Auslande stehen unter dem Zeichen des

Friedensvertrages von Versailles. Die Lasten, die er dem deutschen Volke auferlegt, sind unermesslich groß und in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zu Veränderungen verstehen, keine andere Richtlinie in der inneren wie in der äußeren Politik geben, als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit das nur möglich ist, besonders in der Herabsetzung der Vereskräfte, der sofortigen Abfertigungsmassnahmen und in der Wiederherstellung. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der Reichsregierung auf ihre Zielsetzung keinen Einfluß. Und wenn Beschleibers und Unverständliche diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen systematisch herabsetzen, so wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, unermüdet darzutun, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben. Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbestimmungen nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht am bösen Willen Deutschlands, sondern an den Verhältnissen, die härter sind als sein guter Wille. (Sehr richtig!) In diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mitgefühl, das bei unseren Gegnern noch immer gegen Deutschland herrscht. (Sehr gut!) Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verständnisvollen Weisheit, die zwischen dem Mitgefühl der Gegner und den Maßregeln zur Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke machtpolitische Träume oder Revanchegedanken um so weniger Boden finden, je einseitiger man ihm entgegentritt und daß jeder Deutsche jetzt nur das Lösungswort kennt, d. s. was der Krieg zerstört hat, in ruhiger und friedlicher Arbeit wieder aufzubauen. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die Fragen und Probleme für den gemeinsamen Wiederaufbau zwischen den Beteiligten nun mündlich besprochen werden sollen und wollen dieser Befreiung aus leicht begreiflichen Gründen nicht vorzuziehen. In unserer inneren Politik ist unsere hauptsächlichste Sorge der

Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes.

Diesem auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, ist der einseitige und feste Wille der Regierung (Beifall) Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder die Verwilligung von Vorrechten irgendwelcher Art ab. (Anruhe bei den Unabhängigen. — Beifall recht.) Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung (Anruhe und Zurufe bei den Unabhängigen) und des Ausgleiches auf politischem, sozial-kulturellem Gebiete. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Klassenhaß, jede soziale und religiöse Vergeilung. Was uns jetzt vor allem Not tut, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig, welcher Parteirichtungen. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reichs ausgetobt hat. (Zurufe der Unabhängigen: Das sagen Sie nur der Rechten!) Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung unparteiisch nach allen Seiten tatkräftig entgegenzutreten und ebenso jedem Veruche einer gewalttätigen Umwälzung, moche er auch kommt. Auf den Grundweuern der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des inneren Staatswesens weitergeführt werden. Die Regierung wird sich dabei von den Gesichtspunkten leiten lassen, daß im Rahmen des Reichsrechtes

den Völkern Freiheit und Entwicklung

gewährt und geschaffen werden soll. (Beifall) Eine Ueberpannung der Zentralisation werden wir uns widersehen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk begeh die feste und unerschütterliche Zuversicht, daß bei der bevorstehenden Abstimmung über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens und von Oberschlesien die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache verbürgt. (Lebhafte, allgemeiner Beifall) In ähnlicher Sinne gedenken wir der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die behaupteterweise entstandene Kluft zwischen Volk und Wehr zu überbrücken. (Zustimmung rechts; Zurufe links: Fort mit der Reichswehr!) Handel und Industrie, jedes Gewerbe und jede Arbeit sind durch die unangesehene Steigerung der Masse des Papiergeldes und die sich daraus ergebenden Lohnkämpfe aufs ernstliche gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden mit allen Mitteln, damit wir unser Volk vor dem Uebel eines Zusammenbruchs der Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren und darum muß die Sanierung der Reichsfinanzen mit allem Nachdruck gefördert werden. Wenn die neu eröffneten Einnahmequellen sich entsprechend der Schätzung entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einkommen, darunter allerdings drei Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuererträge werden die Schulden wachsen in einem sehr bedeutenden Maße. Denn

Milliardenbeträge sind auf Schulden zu nehmen infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaues und der Fehlbeträge der Verkehrsverwaltungen. Die sind also noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit auf diesem Gebiete. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch die Wiederherstellung unserer Gütererzeugung gefördert werden. Unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Gütererzeugung, die ständig wachsen und die unablässig mit allen Kräften gefördert werden muß. Unsere Ernährungslage ist nach wie vor beorgnisserregend. Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auf sehr große weitere Zufuhren von Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen sein. Wollen wir wirtschaftlich wieder gefunden, so genügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dürftigen Rationen weiter zu beschränken. Unser Bestreben muß daher in der nächsten Zukunft auf größtmöglicher Steigerung der Lebensmittelleistungen gerichtet sein. Bei dieser Gelegenheit muß ich mit tiefstem Danke der großherzigen Hilfe ausländischer Menschenfreunde gedenken, die hunderttausende schwacher deutscher Kinder speisen. Eine Besserung in der Versorgung darf besonders von der

balbigen Lockerung der Zwangswirtschaft

erwartet werden. Es kann aber nur ein planmäßiger Abbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion und der Versorgung Rechnung trägt. Aber im übrigen bleibt das Rückgrat unserer Ernährung unsere heimische Landwirtschaft. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine der ersten Voraussetzungen unseres Wiederaufbaues. Die Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die größtmögliche Förderung von Rohlen und Kali zu sichern. Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Gesetze über Sozialisierung, insbesondere über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, werden durchgeführt werden. Die Arbeiten der Sozialisationskommissionen sollen fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß Steigerung der Produktion sein. Die Regierung begrüßt es lebhaft, daß gleichzeitig mit dem neuen Reichstage der Reichswirtschaftsrat seine Arbeit beginnt. An der Fortführung der

Sozialreform

bält die Regierung fest. Eine Anpassung der Reichsversicherungsordnung an die veränderten Verhältnisse wird erfolgen müssen. Die Regierung denkt dabei vor allem an den Aufbau neuer Lohnklassen und an eine neue Festsetzung der Beiträge entsprechend den hohen Leistungen der Invalidenversicherung. Eine Vorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im engsten Zusammenhang mit diesen Fragen steht die Frage der Förderung des ländlichen Siedlungswesens und der Durchführung des Heimstättengesetzes. In Anlehnung an das Reichsversorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegsanstellungen einen körperlichen Schaden erlitten haben. Zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter befinden sich verschiedene Gesetze in Vorbereitung. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung. Wir hoffen ausserichtlich, mit dem Ausbau der gesetzlichen Vertretungen der Arbeiter eine neue wichtige Gruppe zurückzugeben auf dem Wege zum wirtschaftlichen und sozialen Frieden. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren. Wir sind eine sog. bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen. Das glauben wir ohne Widerspruch feststellen zu dürfen. Der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit an der Regierung legt der sozialdemokr. Partei Verpflichtungen gegenüber einer Regierung, die, wie bisher nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr und für sie regieren will. Wir wollen sein

eine Regierung der Versöhnung.

des Ausgleiches der Gegensätze, des Aufrufs an die ganze deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. Niedrig als eine harte Faust scheint uns jetzt jene ehrlich dargebotene Rechte zu sein, in die alle Wohlmeinenden einschlagen können. Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an diese Stelle geführt. Der Kanzler schloß: In einer Stunde der Not und folgenschwersten Entscheidung treten wir vor den Deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Tenuendes zusammenfügen, uns zusammenfinden im Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf daß Deutschland lebe. (Lebhafte Beifall und Händeclatschen.)

Nach Erledigung der vorliegenden Interpellation und Verweisung des Reichstags an den Haushaltsausschuß verlag sich das Haus auf 3 Uhr nachmittags.

Nachmittagsitzung.

Bei der Wiederannahme der Sitzung nach 3 Uhr weist das Haus bei weitem nicht mehr die Fülle des Sonntags auf. Auch die Tribünen zeigen große Lücken. Präsident Loh öffnete die Sitzung um 3.15 Uhr und erteilte das Wort dem



Abg. Scheidemann (Soz.). Der Redner erklärt, er wolle kurz sprechen und hoffe, daß sein Beispiel auf die weiteren Beratungen des Reichstags einwirken werde. Die Erklärungen der Regierung ließen freilich manches vermissen, aber im allgemeinen könne man mit dem Programm einverstanden sein. Die gute Absicht Fehrenbachs, die Reichsregierung seinen Willen für ihn außer allem Zweifel zu setzen, habe er auch das feste Vertrauen zu ihm, daß er mit seiner ganzen Person für den Schutz der Verfassung einstehe werde. Das Kabinett wird die Sozialdemokratische Partei auf seiner Seite haben, wenn es dem heute gekennzeichneten Standpunkte der Arbeiterschaft gegenüber treu bleibe. Ebenso werde es sie zum Gegner haben, wenn es jemals die Bahn verlasse, auf der allein eine bessere Zukunft des deutschen Volkes zu erhoffen sei. Wenn jetzt zum erstenmal die Sozialdemokraten im Kabinett nicht vertreten seien, so sei das allein der Politik der Unabhängigen zu verdanken. Fortwährend von Krisenkräften unterbrochen, hielt der Redner mit den Unabhängigen Abrechnung, deren Eigenwert, Kurzschichtigkeit und Verblendung zur Zersplitterung der Arbeiterschaft geführt hätten. Er warne vor jedem Versuch der Herbeiführung gewalttätiger Umwälzungen. Sodann wandte er sich an die Deutsche Volkspartei, den Lockungen der äußersten Rechten nicht zu folgen. Er wirft ihr Krupellose Führung des Wahlkampfes vor. Er entwickelt hierauf das Programm der Partei und fordert vor allem die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die namentlich im Hinblick auf das Marburger Urteil als eine Schmach empfunden werde. Scheidemann bedauert, daß die Ausführungen des Reichstags über die Sozialisierung so mißverständlich geblieben seien und verlangt die Befestigung des Grundrechts. In der auswärtigen Politik sei es Pflicht der Regierung, die Welt aus unseren Friedensabsichten zu überzeugen, auch Rußland. Deutschland müsse es ernst sein, seine Pflicht zu erfüllen. Die internationale Solidarität des arbeitenden Volkes könne die Wunden des Krieges heilen. Er sage das auch den Männern, die in Spaa unsere Interessen wahrzunehmen haben. Diese hätten auch die Überzeugung mit sich nehmen, daß sie in diesen Tagen das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hinter sich hätten, wenn sich auch später vielleicht die Wege scheiden würden. Die Benötigung der Arbeiterschaft, die sich in den Wahlergebnissen widerspiegelt, werde sich wieder beheben. Dann wird auch die Stunde des Sozialismus schlagen.

Lebedour (ll.) erklärt, seine Partei habe den Eintritt in die Regierung abgelehnt, weil die Wahl bewiesen habe, daß das Volk die Koalitionsparteien verurteilt. Die USP würde ihrer ganzen Vergangenheit ins Gesicht schlagen, wenn sie sich einer solchen Koalition angeschlossen hätte. Alles, was die Mehrheitssozialisten sich aus der Koalition auf den Hals geladen hätten, hätte dann seine Partei anstrafen sollen. Als die Koalition unmöglich wurde, hätten die Mehrheitssozialisten sich an die USP gewandt. Selbstverständlich hätten dann diese ihre Bedingungen gestellt (Zuruf: Nie wart ja die Minderheit!) daran sei das sozialdemokratische Kabinett gescheitert. Die Partei bestrebe auf ihrem Standpunkt, der ihr 5 Millionen Stimmen verschafft habe. Die Einigung des Proletariats sei freilich auf dem Wege, aber nicht auf dem Wege über das Parlament. Der Kampf gegen die Reaktion werde das einigende Band bilden. Die Arbeiter müßten sich rechtzeitig auf den Generalstreik einrichten. Die Zwangswirtschaft müsse ausgedehnt und alle Vorräte in Staatsbesitz genommen werden. Lebedour fordert weiter Sozialisierung des Grundbesitzes und des Wohnungswesens. Das Proletariat werde seine Forderungen mit immer mehr Energie geltend machen und jedes Mittel wählen, das es seinem Ziel näher bringe. Am Schluß seiner Rede trat Lebedour für Frieden mit Rußland und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ein.

Dr. Hergt (Dn.) bespricht Pressenotierungen der Koalitionsparteien, die den Ausfall der Wahlen als eine Dummheit der Wähler hingestellt hätten. Er schildert sodann die Verhandlungen über die Regierungsbildung, die wie ein kalter Wasserstrahl auf die Wähler gewirkt hätten. Man habe den Eindruck eines Handelsgefechts. Nach jeder Revolution komme ein Rückschlag nach rechts. Das sei auch jetzt der Fall gewesen. Klar sei es jedenfalls, daß im deutschen Parlament nur eine Mehrheitskoalition möglich sei. Wenn sich der Kanzler Müller erst an die Unabhängigen wandle, so sei das nach dem Ausfall der Wahlen erklärlich. Schließlich habe die Antwort der Unabhängigen die Sache klargestellt. Die Unabhängigen seien gegen jede Demokratie und gegen jede Koalition, also gegen die Verfassung. Für sie gelte die Diktatur des Proletariats. (Proteste und Zuruf: Sie sind ja selbst gegen die Verfassung!) Solange ich Vorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei bin, wird sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Was Ideologen von den Mehrheitssozialisten erhofft hatten, traf nicht ein. Die Mehrheitssozialisten sagten sich von der Koalition los. Damit hat die Mehrheitssozialdemokratie sich als für positive Mitarbeit unfähig erklärt. Die andere Lösung war ein gesamtdeutsches Kabinett, worüber er seinen Zweifel gelassen habe. Das Volk schreie nach Autorität. Die Demokraten wollten nicht mit uns zusammenarbeiten. Deshalb hätten sie sich das Aufbauprogramm der Deutschen Nationalen gar nicht einmal angehört. Der Deutschen Volkspartei mache er den Vorwurf, daß der Abg. Heinze gleich zu Beginn der Regierungsbildung die Waffen gestreckt habe. Den Wahlkampf haben wir Seite an Seite geführt. Deshalb hätte Heinze sich zu uns bekennen sollen. Die Regierungsbildung ist ein Verlegenheitsprodukt, zwar bürgerlich, aber mit einer starken Reizung nach links. Wir werden uns abwarten und verhalten und uns nicht binden. Die Hauptsache bleibt die Konferenz von Spaa, deren Programm leider noch nicht bekannt ist. Der Redner dankt der Regierung für ihre guten Absichten gegenüber der Landwirtschaft, doch bitte er sie, sie vor dem Ferror der Landarbeiter zu schützen. Seine Partei wolle der Regierung kein Mißtrauensvotum, aber auch kein Vertrauensvotum ausstellen.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons legte dar, daß die französische Note am 25. d. M. eingegangen und von ihm am 26. Juni bei seinem Amtsantritt vorgelesen worden sei. Die mit der Bildung des Kabinetts und dem Entwurf des Programms verbundenen Arbeiten hätten die Veröffentlichung verzögert, die morgen früh erfolgen werde.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 1 Uhr: Interpellationen und Fortsetzung der heutigen Debatte. Schluß 1/2 7 Uhr.

Vorfestimmen.

Berlin, 29. Juni. Abgesehen von der Unabhängigen herrscht bei allen Parteien Verwirrung über die erste Reichstagsdebatte vor. Rein Nihilismus gegen die Regierung, so schreibt die „Post, Sta.“. Der „Germania“ erscheint es selbstverständlich, daß jetzt, wo das Zentrum an die Spitze der Regierung treten mußte, seine Auffassung sich noch energischer in den Vordergrund dränge, als es bisher schon geschehen konnte. Das Zentrum habe sich nicht an die verantwortungsvolle Stelle gedrängt, sondern sie nur aus Pflichtgefühl übernommen, nicht um gegen die Arbeiter zu regieren, sondern mit ihnen. Von der Aufnahme dieses Apfels bei den Parteien hänge das Schicksal der sogenannten bürgerlichen Regierung ab. Für die Demokratische Partei glaubt das „Berliner Tageblatt“ feststellen zu können, daß sie nur deswegen in das Kabinett einreten konnte, weil sie auch nicht einen Deut von ihren Prinzipien opfern durfte. Weltweitig charakterisiert das Blatt die jetzige deutsche Politik als eine solche zwischen den Schlachten, als eine Politik des Abwartens, die schließlich alle Parteien einzubringen entschlossen zu sein schienen, erst einmal die Verhandlungen in Spaa vorübergehen zu lassen und bis dahin alles Treuende zurückzustellen. Scheidemann habe durchaus den richtigen Ausdruck gefunden, indem er betonte, wenn die Regierung im Sinne der Rede des Reichstags Fehrenbach die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen wende, dann könne sie überzeugt sein, daß in den Tagen von Spaa die Nation in ihrer erdrückenden Mehrheit hinter ihr stehe. — Der „Vorwärts“ schreibt, daß sich gestern das außerordentliche Reichstagsmitglied der Rechten, auf dem die neue Regierung balanciere, darin gezeigt habe, daß sich Herr Hergt den rechts her die Erklärung zu eigen gemacht habe, die Herr Scheidemann von links her abgegeben habe.

Berlin, 28. Juni. Die meisten Abendblätter heben hervor, daß der äußere Eindruck der Programmrede des neuen Reichstagsrechtlers recht glücklich war und die gute Aufnahme nicht leugne. Wenn auch zeitweise sonderbarer Widerspruch erfolgte, so überwiegt doch meist der freundliche Grundton im Verhältnis des Hauses.

Bei Besprechung des Inhalts der Rede wiederholt der „Vorwärts“, daß man die neue Regierung nur nach ihren Taten beurteilen werde. Die gegenwärtig vorliegenden Worte der neuen Regierung geben der Sozialdemokratie keinen Anlaß, gegen das Kabinett Fehrenbach sofort eine scharfe Kampfstellung einzunehmen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt u. a.: Wenn wirklich der Grundgedanke der Arbeit der neuen Regierung nicht anders sein wird als ehedem Arbeit an unserem Wiederaufbau ohne parteipolitischen Restriktion oder parteipolitische Rücksicht, dann wird es wahrscheinlich nicht die Rechten sein, die die dargelegte Hand zur Mitarbeit zurückführt.

Die demokratischen Blätter geben den Inhalt des Regierungsprogramms nur referierend wieder und enthalten sich jeglichen Urteils.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Die von dem Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, im gestrigen Reichstag angeforderte Veröffentlichung der französischen Noten über die Entwaffnung Deutschlands erfolgte gestern früh. In der ersten der 3 Noten heißt es, die alliierten Regierungen hätten einstimmig beschlossen, die in dem Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfang auszuüben und die vollständige Durchführung unverzüglich zu betreiben. Die Antwort der alliierten Regierungen auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Verbeibehaltung eines Heeres von 200.000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf die durch den Friedensvertrag bestimmte Stärke von 100.000 Mann zu beschränken sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb einer Woche vollständig aufzulösen ist und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150.000 Mann erhöht, somit um 70.000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913, vermehrt wird. In der Note werden ferner gesetzliche Maßnahmen gefordert, um die Ausführung von Kriegsmaterial nach dem Ausland zu verbieten, die Gewehrwehren tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen. Zum Schluß der Note wird mit der Prüfung der geeigneten Mittel gedroht, um im Zweifelsfalle die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrags sicherzustellen.

In der zweiten Note wird der deutsche Antrag wegen einer vorläufigen Verlängerung der am 10. Juli ablaufenden Frist zur Herausgabe der deutschen Heereskräfte abgelehnt. Es heißt dann in der Note, daß die Alliierten nicht die Notwendigkeit erkennen, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Sie erkennen gerne an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Doch dürfen diese Polizeitruppen unter keinen Umständen den Charakter einer militärischen Organisation tragen. Die Alliierten sind mit der Bekräftigung der „alte Ordnungspolizei“ genannten Polizeitruppe auf 150.000 Mann einverstanden. Sie knüpfen jedoch daran die Bedingung, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter als bürgerliche und Gemeindepolizei wahren muß und mit einer Bewaffnung ausgerüstet wird, die ihrem Zwecke entspricht und von dem interalliierten Überwachungsamt festgestellt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestand von 150.000 Mann Ordnungspolizei die 10.000 Mann inbegriffen sind, die von dem interalliierten Überwachungsamt für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind. Die Eisenbahnen und die Abstammungsgebiete sind von der Vermehrung ausgeschlossen, es sei denn, daß die alliierten Regierungen solche Verhältnisse ausdrücklich verlangen. Andererseits haben die Mächte beschlossen, den Bestand der Gendarmerie von 12 auf 17.000 Mann zu erhöhen. Die Alliierten werden während der drei Monate von der Abwendung der gegenwärtigen Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei es nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, die fortwährend vermindert werden muß.

Die dritte Note beschäftigt sich mit der Herstellung und Ablieferung von Luftfahrzeugmaterial jeder Art. Es heißt darin u. a.: Die Konferenz hat entschieden, daß die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial, wie sie in Art. 301 des Vertrags von Versailles vorgesehen ist, innerhalb von 3 Monaten, beginnend mit dem Tage, an dem Deutschland das gesamte Luftmaterial des Heeres und der Marine ausgeliefert hat und den die interalliierten Luftfahrzeugüberwachungskommissionen offiziell anzeigen wird, im gesamten Gebiet von Deutschland untersagt bleibt.

Württembergische Politik.

Verhandlung des Bauarbeiterstreiks.

1. Ulm, 29. Juni. Die Arbeitgeber im Baugewerbe haben, um jeden Grund zur Mäßigung aus dem Wege zu räumen, die Forderung der Bauarbeiter auf Einführung in die Ortsbauklasse 2 bewilligt und dadurch den Bauarbeiterstreik beendet.

Jur. Lebensmittelerzeugung.

1. Oberndorf, 29. Juni. Eine in Waldmühlungen auf Veranlassung des Oberamts tagende Versammlung von Vertretern der Organisationen der Arbeiter- und Bauerschaft sowie der Städte Oberndorf, Schramberg und Alpirsbach beschäftigte sich mit Milch- und Butterpreissen. Es soll ein Erzeugerpreis für Milch von 1. M. und für Butter von 9-10 Mark für das Pfund eingeführt werden.

Der neue Ernährungsbeirat.

1. Stuttgart, 29. Juni. Für den beim Ernährungsministerium neu zu bildenden Ernährungsbeirat hat die Württ. Landwirtschaftskammer folgende Herren vorgeschlagen: Ordentliche Mitglieder: Schutzherr a. D. Normy-Kühnlein O. A. Reiblingen, Vorsitzender des Landwirtschaftl. Hauptverbands; Landwirt König-Haubach O. A. Wengen; Gütebeförderung Dingler-Caltz; Regierungsrat Strobel Stuttgart, Direktor der Landwirtschaftskammer; Ausübender Adorner-Kaltenberg, Präsident d. Landwirtschaftskammer; Oekonomist Vogt-Wochen, Stellvertreter Schänninger, Geschäftsführer des Landes. Hauptverbands, Stuttgart; Schutzherr Bernhard-Retzowenburger O. A. Wengen; Landwirt Adlman jun., Sindlingen O. A. Gerdenberg; Gütebeförderung Reinholdtwar; Gütebeförderung Schiele-Wurzach; Hege, Domänenpächterschreier, Hohenbuch O. A. Debingen.

Segen die Erhöhung der Telephongebühren.

1. Stuttgart, 28. Juni. Die Württ. Handelskammer, vertreten durch den Vorstand der Handelskammer Stuttgart, erhoben kürzlich in einer Unterredung mit dem Vorstand der Oberpostdirektion, Präsident von Meyer, Einspruch gegen die Gehobenerhöhungen für Ferngespräche und die bekannte 1000 M. Zwangsanleihe. Sie betonten in besonderes, daß der Klein- und Mittelbetrieb in Industrie und Handel in Süddeutschland eine veranlagte Belastung nicht ertrage. Präsident von Meyer versprach die Unterstützung der vorgetragenen Wünsche auf eine angemessene Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse in Württemberg. Eine statistische amtliche Ermittlung über die praktischen Folgewirkungen der der Postgebührenerhöhung sei bereits in die Wege geleitet.

Die Lage.

1. Heidenheim, 29. Juni. Der Montag ist vollkommen ruhig verlaufen. Nachmittags war der Minister des Innern hier und besprach sich mit den staatlichen und städtischen Behörden über die Lage. Der Generalstreik dauert fort. Dieser konnte im allgemeinen nur die Hälfte der Waffen durch die Polizeiwehr beigebracht werden. Die Rönischbronner Arbeiterschaft ist in den Sympathiestreik getreten.

Die Verkehrswehr in Heidenheim.

Stuttgart, 28. Juni. Die Zeitung der Verkehrswehr teilt mit: In Heidenheim ist der Führer der Verkehrswehr von starken bewaffneten Haufen, die mit aufreißendem Schrei in seine Kanzlei eindrangen, gezwungen worden, die Waffen der Verkehrswehr abzuliefern. Der Hinweis des Verkehrswehführers darauf, daß die Waffen der Verkehrswehr, wie auch in der Öffentlichkeit bekanntgegeben war, ausschließlich dem Schutz der Verkehrsanstalten gegen jede Gewalttat, von welcher Seite sie komme, diene, sich also keineswegs gegen die Arbeiterschaft richteten, fruchtete nichts. Auch der Verlust, die Waffen im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Verkehrswehr für die ungehinderte Versorgung der Bevölkerung nachträglich wieder herauszubekommen, war vergeblich. Die Verkehrswehr war daher, wenn anders sie überhaupt Anspruch auf Achtung haben wollte, gezwungen, gegen diese Verwahrlosung mit allem Nachdruck Front zu machen. Sie beteiligte sich daher an der von den berufenen Hütern der öffentlichen Ordnung und Sicherheit eingeleiteten Unternehmung zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Heidenheim mit freiwilligen, die von vornherein den Auftrag hatten, sich bei der Unternehmung ausschließlich auf den Schutz der Verkehrsanlagen zu beschränken. Die Verkehrswehr besetzte sofort nach ihrem Eintreffen den Bahnhof Heidenheim und sperrte ihn ab. In den weiteren Unternehmungen in der Stadt hat sie sich nicht beteiligt. Nachdem festgestellt, daß gewalttätige Unternehmungen gegen die Bahnanlagen nicht in Aussicht standen und die Verkehrswehr wieder in den Besitz ihrer inzwischen abgelieferten Waffen gelangt war rückte sie ab.

Ende des Streiks.

1. Heidenheim, 29. Juni. Am Dienstag wurde in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Der Gemeindevorstand erließ eine Kundgebung, in der er die Polizeiwehr als ein anerkanntes staatliches Volkswachorgan bezeichnet, um bei der Wiederherstellung geordneter Rechtsverhältnisse und der Einsammlung wiberrrechtlich erwerbener Waffen mitzuwirken. Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich gegenüber der Polizeiwehr ruhig zu verhalten und sie in der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Wenn es in der Stadt weiter ruhig bleibt, so wird, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, der Ausnahmezustand gemildert.

Ein Zwischenfall.

1. Ravensburg, 28. Juni. Heute abend fand im hiesigen Oberamtsgebäude eine Besprechung statt, an der u. a. auch Reichswahrschaffener aus Weingarten teilnahmen. Als das Automobil mit den Offizieren nach Weingarten wieder abfuhr und den Frauenteppich passierte, fiel von Seiten der dort angesammelten Arbeiter, deren Zahl etwa 300 betrug und die offenbar von dieser Besprechung Kenntnis erhalten hatten, ein Schuß. Die in dem Automobil befindlichen Offiziere erwiderten das Feuer und fuhrten weiter. In der Stadt herrscht wegen dieses Vorfalls große Aufregung. Ob jemand dabei verletzt worden ist, konnte bis jetzt noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Magd., den 30. Juni 1920.

Sendung des Milchpreises. Bekanntlich geht durch unser ganzes Land eine starke Bewegung zur Senkung der Milchpreise...

Der Juli. Der Juli hat seinen Namen vor dem großen Römer Julius Cäsar erhalten. Karl der Große nannte ihn Julimonat...

Widberg. 30. Juni. Letzten Sonntag trafen sich in unserer Stadt drei Kriegervereine zu kameradschaftlichem Beisammensein...

Unkenntnis schützt nicht vor Strafe!

Alle wichtigen amtlichen Bekanntmachungen bringt

Der Gesellschafter.

Darum: Sieh Dich vor!

Zeitungslesen ist Bürgerpflicht!

Widberg hielten herzlich Begrüßungsreden und die schönen Lieber des Stuttgarter Stadtrats...

Kohrdorf, 29. Juni. Wie wir zuverlässig erfahren, sind in einem Steinbruch bei Pfrandorf eine größere Anzahl Kirchengeräte...

Kohrdorf, 29. Juni. In einer überaus stark besetzten Versammlung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen referierte Hilfsgruppenleiter Bäcker...

Kohrdorf, 29. Juni. Zu dem Brandunglück von dem die Frau Weder betroffen wurde, ist noch nachzutragen...

Aus dem übrigen Württemberg.

Bödingen, 28. Juni. Die Sozialdemokratische Partei hat an das hiesige Oberamt eine Reihe von Forderungen gerichtet...

werden. Von einer Festgabe der wichtigsten Waren und Lebensmittel kann keine Rede sein...

Schwenningen, 29. Juni. Am Samstag wurden die Fabrikarbeiter für acht Tage geschlossen...

Tailfingen, 29. Juni. Der hiesige Heizer Reinhold Metz lud seinen früheren Vorgesetzten...

Alm, 29. Juni. In der Weberei und Spinnerei bei Neu-Allm sind 23 Bündel Rohgewebe...

Legte Nachrichten.

Das neue württembergische Kabinett.

Das württ. Staatsministerium wird sich, nachdem Vernehmen nach, folgendermaßen zusammensetzen:

Fehrenbach vor dem Reichsrat.

Berlin, 30. Juni. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats stellte sich der Reichstagsabgeordnete Fehrenbach...

Stillgelegte Betriebe.

Berlin, 30. Juni. Dem B. L. A. wird aus Halle berichtet, daß die drei großen Staßfurter Maschinenfabriken...

Die Frühobstwirtschaft.

Berlin, 30. Juni. Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Stadt- und Landkreise beschloß...

Zum Zusammentritt des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 30. Juni. Dem heutigen Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats...

Die „Vollständige Zeitung“ erinnert daran, daß das Räte-system durchaus keine bolschewistische Erzeugnis ist...

Der Triumph des Lebens.

Roman von Pola Stein.

Horst! Sag mir die Wahrheit! Was kümmerte dich damals! Wenn du nur dein Glück hattest...

Abnung quälte sie, ein unbestimmtes Empfinden, als habe der heutige Abend...

Dr. Horst Volkmer führte die Frau des Hauses, Helmut Körner ihre junge Schwester Ulrike...

Aber seine Nähe war vergeblich. Sie erschien wie eine schöne und leblose Statue...

Und ja, daß diese großen, goldbraunen Sterne voller Leben waren, voller Sehnsucht und Wärme...

herricht und läßt: „So tut man das?“ Und sie hielt ihre Augen nun besser als vorher in der Gewalt...

War das nun Klatsch, was dieser Mann ihr da erzählte? War es Wahrheit? Sie war ja innerlich glücklich gewesen...

Sie kannte Karla Borgweg ja kaum. Aber sie wußte von ihrem Namen genug über sie, um zu fühlen...

Irene betrachtete die junge Witwe. Nein, diese kalte blonde Frau war keine Gattin für Horst!...

„Nun begreuten ihre Augen wieder denen Horst Volkmers. Wieder, immer wieder sah er zu ihr herüber...“

„Das war Irene, wie er sie gekannt, nur reifer, nur leidvoller! Das war die Geliebte, wie er sie in seinem Herzen getragen!“

Ein Suden ging über ihr Antlitz. Dann sagte sie be-

deutscher Gewerke zu selbstständigen Verwaltungswägern klagen kann.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird gesagt: Noch ist das Fundament der komplizierten Spitzenorganisation relativ schwach. Durch Leistung muß sich die Fundierung verstärken, von der andererseits die Leistungsfähigkeit selbst abhängt. Klaffen erscheinen nach außen als Träger egoistischer Sonderinteressen von Gruppen, die an sich nicht produktiv sind. Stände sind im Innern solidarisch und diese Solidarität kommt dem Ganzen zu Nutzen, weil sie produktiv ist. Daß der Ständegoismus nach außen ebenso verheerend wirkt wie der Klassenkampf, das zu verhindern ist die vornehmste Aufgabe des Reichswirtschaftsrats, der der Träger des wirtschaftlichen Gemeinnes der Nation ist.

Die Krawalle in Würzburg.

Würzburg, 29. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind bei den gestrigen Lebensmittelkrawallen zwei Personen getötet.

Amliche Bekanntmachungen.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Ergenzingen O.L. Rottenburg ausgebrochen. 2984 Nagold, den 28. Juni 1920. Oberamt: R n g.

Höchstpreise für Kuh- und Zuchtvieh.

Entsprechend der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Preise von Schlachtvieh vom 4. Juni d. J. (R.G.Bl. Seite 1122) hat die Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern, Verwaltungsabteilung, die Höchstpreise für Kuh- und Zuchtvieh wie folgt festgesetzt: 2986

- für Großrind, d. h. älter als 3 Monate alte Kuh und Zuchtstier für 50 kg Lebendgewicht . . . 420.-
nebst einem Stützschlag von . . . 400.-
für Zuchtstiere, hochtrährige (talbartrährige) Fuder (Kalbinnen und Kühe) und Kühe mit mindestens 8 Liter täglichem Milchertag 4. B. der Verkaufserzeugung, für gewöhnliche Jungochsen und Jungtiere ist der Stützschlag . . . 200.-
für Kalber für 50 kg Lebendgewicht . . . 450.-
Schafe . . . 50 . . . 400.-
Nagold, den 28. Juni 1920. Oberamt: R n g.

Walldorf Oberamt Nagold.

Farrenkauf.

Die hiesige Gemeinde sucht einen 12 bis 15 Monate alten

Zuchtfarren zu kaufen.

Angebote werden erbeten 2951 Schulth. Amt: Rentzler. Heberberg.

Das Sammeln von Beeren

2981 jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen für Auswärtige bei Strafe verboten. Den 28. Juni 1920. Gemeinderat.

Durch die Festsetzung der Großhandelspreise für Kohlen durch das Landesbrennstoffamt verzögert sich die Berechnung derselben in der Regel um mehrere Wochen. Andererseits verlangt das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat Vorauszahlung des ungefähren Rechnungsbetrages sofort nach erfolgter Lieferung. Wir sind deshalb genötigt, von unseren Abnehmern ebenfalls bei Lieferung eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen und zwar in Höhe von ca. 75 % des mutmaßlichen Rechnungsbetrages.

Wir bitten, hiervon gest. Kenntnis zu nehmen und den Verhältnissen, so wie sie nun einmal liegen, Rechnung tragen zu wollen. 2990

Die Kohlenhändler des Oberamtsbezirks Nagold.



Bringt nächster Zeit einen größtenteils Transport zum Verkauf und nehme Bestellungen darauf entgegen. Das Stück von 200-400 M. für feinsten Tiere wird volle Garantie geleistet. 2985

Stichel, Schweinehändler.

auch vier verwundet werden. Lieber die Stadt wurde der Kriegsstand verhängt. Die Lage ist heute noch gespannt.

Marktschug.

Berlin, 30. Juni. In Oera wurde auf Veranlassung der Regierung und des Staatsrats ein Marktschug ins Leben gerufen. Eine Kommission von Produzenten und Konsumenten setzte die Preise fest.

Typhusepidemie in Wülheim.

Berlin, 30. Juni. In Wülheim a. d. Ruhr ist H. B. G. H. eine Typhus-Epidemie ausgebrochen, die bereits 26 Erkrankungen zur Folge hatte; offenbar sind alle Erkrankten auf dieselbe Infektionsquelle zurückzuführen. 2 Erkrankte sind bereits gestorben.

Deutsche Bankiers in Spanien.

Berlin, 30. Juni. Die „Vossische Zeitung“ hebt hervor, daß die deutsche Delegation für Spanien von einer Reihe nam-

hafter Bankiers begleitet sein werde. Von der Einziehung verantwortlicher und bevollmächtigter Vertreter der deutschen Produktion habe man noch nichts gehört.

Amliche Kurse

Table with columns for bank names and interest rates. Includes entries like 'Allgem. El. Akt.', 'Bad. Pfand.', 'Bad. Anl. u. Bad. Anl.', 'Deutsche Rail-Akt.', 'Droffr. Schweiz 100 Franken', 'Holland 100 Gulden'.

1. Ref. Inf. Regt. Nr. 119.

Zahlreichen Wünschen entsprechend findet am Sonntag den 11. Juli 1920 in Calw im badiischen Hof von 12 bis 7 Uhr

zwangloses Beisammensein der Kriegskameraden des Bataillons

statt. Angehörige willkommen. Im Namen der Kameraden und der Feldzugkommandeure des Bataillons: Ruess. Mundversorgung ist mitzubringen. 2992

Advertisement for Hausfrauen, Zuckerknappheit, Einmach-Tabletten, Löwen-Drogerie, Gebr. Benz. Includes text: 'Iocht dieses Jahr recht viel Früchte ein und sorgt für einen wertvollen Vorrat'. 'dort dabei keine Rolle spielen, denn an Stelle von Zucker können Sie'. 'verwenden, die unter Garantie die Früchte ebenso haltbar machen. Die Ausgabe für 20 Pfund Früchte ist 1 M. Holen Sie sich Rat u. Hilfe in der'.

Advertisement for Anzeigen (Advertisements) with the slogan '„Gesellschafter“ die weiteste Verbreitung und sichern den gewünschten Erfolg!'. Includes text: 'erzielen im', 'die weiteste Verbreitung und sichern den gewünschten Erfolg!'.

Advertisement for Verkauf (Sale) of a Dreschmaschine (threshing machine) by Adolf Kraft. Includes text: 'von 1 eigenen altdentschen u. 1 tannenen Kleiderkasten und 1 Küchenschiff am Donnerstag den 1. Juli nachmittags 3 Uhr in meiner selbst. Wohnung. 2988'. 'Adolf Kraft.' 'Wildberg. Johann Warkner verkauft eine frisch reparierte, gut arbeitende, fahrbare'. 'mit Schüttler und Abdröber, jedoch ohne Wind, 50 cm Gefälleweite. Antrieb für Göpel und Rotor. 2982'. '2 gutgewöhnte'. 'Schaff-Stiere setzt dem Verkauf aus.' 'Wer sonst die Geschäftsstelle des „Gesellsch.“'

Advertisement for Eier-Sammeltag (Egg collecting day) on Donnerstag d. 1. Juli abends 6 bis 7 Uhr auf der Polizeiwache.

Advertisement for Zimmer (Room) for rent on Sonntag d. 1. Juli zu vermieten.

Advertisement for Stimmzettel (Ballot paper) with Aufdruck (impression) and Buchdruckerei G. W. Zaiser Nagold.

Advertisement for Musik-Instrumente (Musical instruments) for Haus und Orchester, including Musikhaus Carth, Pforzheim Leopoldstr. 17.

Advertisement for ABDA (Allgemeine Beleih- und Privat-Darlehens-Anstalt) with details about financing and private loans.

Advertisement for Dr. W. Ulmer, mentioning 'Seine Vermählung mit FRAU EUGENIE REINIGER geb. Kühner beehrt sich anzudeigen.' 'Nagold, Juni 1920.'

Advertisement for Kleinfach. Weisnähterin (Small household sewing) seeking a room (Zimmer) in a solid house for rent.

Advertisement for Fr. U. Köffler (Fräulein U. Köffler) offering 'Neues Stuttgarter Kochbuch' (New Stuttgart cooking book).

Advertisement for G. W. Zaiser (Buchhandlung Zaiser) with details about book sales and prices.

Advertisement for Buchhandlung und Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold, featuring the slogan 'Wegen Vornahme der Inventur bleibt der Laden heute geschlossen.' 'Anzeigen für den „Gesellschafter“ wollen in den Briefkasten an der Haustüre eingeworfen werden.'

